



## Stellungnahme der Stiftung Weltvertrag zum Irak-Krieg

Viele Menschen empfinden Wut und Enttäuschung über den erneuten Alleingang der US-Regierung im Irak. Die ganze Welt spürt, dass es bei den Bomben auf Bagdad nicht um Gerechtigkeit geht, auch nicht um Menschenrechte. Die Haltung des Papstes, der Kirchen und von Millionen Individuen weltweit bringt täglich zum Ausdruck, dass die Menschen dies auch verstanden haben. Die regierungsamtlichen Argumentationsversuche in London und Washington reichen von El Qaida, der Bedrohung durch Chemie-, Bio- und Nuklearwaffen, über Regimewechsel und Demokratisierung bis zu den Menschenrechten und waren begleitet von Täuschungen, Drohungen und anderen Zumutungen an Moral und Verstand.

Das Irakproblem schwelt seit Jahren, aber es war kein akutes Thema mehr. Konkret bedroht wurde niemand. Eine Legitimation für einen militärischen Angriff ist deshalb völkerrechtlich nach Kapitel VII der UN-Charta nicht gegeben. Zwar bemühte sich die US-Administration mit der Einschaltung der UN zeitweise um eine Kulisse der Legalität, demonstrierte aber mit der Rücknahme der zweiten Resolution die „Irrelevanz“ der bestehenden Weltordnung für die Pläne einer hegemonialen Weltmacht. In die gleiche Richtung zielte bereits die Ablehnung des Kioto-Vertrags, die Torpedierung aller UN-Bevölkerungsprogramme, die Ablehnung des Internationalen Strafgerichtshofs und das Abdecken der territorialen Expansion Israels auf dem Wege einer permanenten Terrorisierung und Demütigung der Palästinenser trotz zahlreicher UN-Resolutionen.

Ginge es George W. Bush wirklich um die Menschenrechte, hätten die US-Regierung längst einem Welt-Marshall-Plan zustimmen müssen, wie ihn der frühere US-Vizepräsident Al Gore fordert und die Europäer seit Jahren vorschlagen, zuletzt auch der britische Finanzminister Gordon Brown. Hier hätte allerdings von US-Seite Geld aufgebracht werden müssen zur Finanzierung von Entwicklung statt immer nur selektiven Freihandel zugunsten der USA durchzusetzen. Das Verhältnis von 4,4 % Anteil Militärhaushalt zu 0,1 % Entwicklungshilfe in den USA spricht für sich. Kein anderes entwickeltes Land hat eine nur annähernd so ungünstige Relation vorzuweisen.

Die USA wurden am 11. September 2001 auf ihrem eigenen Territorium gewaltsam getroffen – eine völlig neue Erfahrung für die einzige Supermacht. Trotzdem: 4.000 Tote in New York und Washington reichen nicht aus, um die Geschichte neu zu schreiben. Die Welt muss mit ganz anderen Größenordnungen fertig werden: 24.000 Menschen verhungern jeden Tag.

Kritische Überlegungen zu einer von der US-Regierung wesentlich geprägten, wenn nicht sogar vorgegebenen Weltordnung, die neben vielen wünschenswerten Ergebnissen auch zu weltweiter Umweltzerstörung und einem übermäßigen Ressourcenverbrauch beiträgt, bei ganzen Völkern und Kulturen das Gefühl der Demütigung herbeiführt, und unvorstellbare Unterschiede zwischen Reich und Arm perpetuiert, sind nicht erkennbar. Freihandel wird zum Gerechtigkeitsprinzip, fast zu einer Ersatzreligion erhoben, und selbst dann noch als gerecht propagiert, wenn die Ressourcenströme vom Süden in den Norden fließen und nicht umgekehrt.

Der jetzt eingeschlagene Weg der US-Administration eines massiv asymmetrischen, sicherheitsorientierten und ressourcendiktatorischen Ansatzes mit dem abgeleiteten Recht zu präventiven Kriegen wird immer mehr Terror nach sich ziehen: Wenn wir in Europa bereits Wut und Verzweiflung empfinden, was muss erst in den Menschen vorgehen, die in unserer transparenten Informationsgesellschaft erleben, dass sie die ökonomischen Verlierer dieser so dominierten Globalisierung sind? Kann man nachvollziehen, wenn sich junge Menschen in Anbetracht der so erlebten Ohnmacht zum Selbstmordattentat entscheiden? Attentate mit einem Faktor 10 an Grausamkeit dessen vom 11. September 2001 sind leider nur allzu leicht vorstellbar. Werden wir dann die sinnlose Gewaltspirale fortsetzen, die wir aus dem Nahen Osten kennen - nur eben in globalem Ausmaß? Müssen wir unsere Kinder auf ein Leben vorbereiten wie es ihre Altersgenossen in den Palästinensergebieten und Israel täglich erleben?

Der Krieg, den Washington nun beginnt, ist nicht nur ein Bruch des Völkerrechts. Er ist ein völkerrechtliches Verbrechen. Die Bomben zerstören jahrelange Errungenschaften einer Weltordnung, die zwar alles andere als zufriedenstellend war, aber doch viel zu wertvoll, um sie in einer spontanen Reaktion auf einen großen Terroranschlag über Bord zu werfen. Die Tötung Zehntausender von Zivilisten, die seine Urheber sehenden Auges in Kauf nehmen, gibt einem solchen Verbrechen das Ausmaß des Grauenhaften.

Trotzdem bleiben uns und unseren Kindern wenigstens einige Hoffnungen:

Erstens: „Amerika ist in der Quantität und Qualität seiner Eliten zu stark, zu klug, zu vital und zu demokratisch, um sich auf Dauer von einer geistig mediokren Administration in eine Frontstellung gegen den Rest der Welt zwingen zu lassen“, formulierte unlängst der Rechtsphilosoph Reinhard Merkel. Irgendwann nach diesem Krieg wird Amerika seine Regierung zur Kurskorrektur zwingen oder abwählen.

Zweitens: Europa muss lernen mit einer Stimme zu sprechen. Außenpolitik gehört weder auf Wahlkampfveranstaltungen noch dürfen in der multilateralen Gemeinschaft Europas einzelne sie zu offensichtlich dominieren.

Drittens: Bereits die sich abzeichnende Diskussion, die Verbrecher dieses Angriffskrieges einmal vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zur Verantwortung zu ziehen, verspricht Chancen für die Stärkung unserer weltweiten Staatengemeinschaft.

Viertens: Europa verfügt mit seinem vertragsbasierten ökosozialen Modell über ein funktionierendes System nach dem Prinzip „Co-Finanzierung gegen Standards“. Was bei mehreren EU-Erweiterungen und sicherlich bald 25 Staaten funktioniert, ließe sich auch für die ganze Welt anwenden: Von allen akzeptierte Standards, für alle durch Co-Finanzierung ermöglicht. Eine Win-Win-Situation anstelle der heute geltenden Regel „the winner takes it all“. Franz Josef Radermacher, analysiert in seinem Buch „Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung“<sup>1</sup>, das anlässlich des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im August 2002 erschien, den sich nun verschärfenden Konflikt um eine neue Weltordnung und beschreibt konstruktive Wege zu seiner Lösung.

Hamburg, den 20.3.2003

i. A. Jan Käding

Frithjof Finkbeiner

<sup>1</sup> Radermacher, F.J.: Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung. Ökosoziales Forum Europa (ed.), Wien, August 2002, Preis: 15 Euro, ISBN: 3-7040-1950-X